

Senatskanzlei

**Ergebnisprotokoll über die Sitzung der  
Beirätekonzferenz am 22. November 2024  
in der Senatskanzlei, Rathaus, Sitzungssaal, Am Markt 21, 28195 Bremen  
17:05 bis 19:30 Uhr**

**Anwesende:**

Siehe anliegende Teilnehmerliste.

**Tagesordnung:**

1. Begrüßung
2. Feststellung der Stimmberechtigungen, Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Beschluss über die Tagesordnung
4. Sachstand zur Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit  
dazu: Rolf Diener (Senatorin für Soziales, Arbeit, Jugend und Integration)
5. Information über das weitere Vorgehen bezüglich der Schwerpunktsetzung von Beschäftigung schaffenden Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten (AGH) und Teilhabe am Arbeitsmarkt (TaAM))  
dazu: Dr. Petra Kodré, Rolf Diener, Kai-Ole Hausen (Senatorin für Soziales, Arbeit, Jugend und Integration)
6. Terminplanung 2025
7. Verschiedenes, Informationen aus weiteren Gremien

**TOP 1: Begrüßung**

Frau Wangenheim begrüßt die Anwesenden sowie die Gäste und eröffnet die Sitzung.

**TOP 2: Feststellung der Stimmberechtigungen, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Sodann stellt Frau Wangenheim fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und dass die Beirätekonzferenz beschlussfähig ist.

**TOP 3: Beschluss über die Tagesordnung**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

#### **TOP 4: Sachstand zur Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**

Frau Wangenheim begrüßt Herrn Rolf Diener, Abteilungsleiter Jugend und Familie bei der Senatorin für Soziales, Arbeit, Jugend und Integration sowie Herrn Felix Seidel als zuständigen Referenten.

Herr Diener stellt sich vor und erläutert den Auftrag, den der Jugendhilfeausschuss im Frühjahr formuliert und zu dessen Abarbeitung die Arbeitsgruppe ins Leben gerufen wurde, an der auch Vertreter:innen der Beirätekonzferenz teilgenommen hatten.

Sodann erläutert Herr Seidel die Agenda der Arbeitsgruppe und die bisherigen Ergebnisse anhand der (als Anlage beigefügten) Präsentation. Es sei darum gegangen, die bestehende Finanzierungssystematik im Sinne eines Bedarfsermittlungsverfahrens weiterzuentwickeln, auch um eine bessere Grundlage für die Bedarfsermittlung im Haushaltsaufstellungsverfahren zu haben. Die Berechnung beruhe auf den ermittelten Jugendbevölkerungszahlen, den ermittelten Sozialindizes und der zugrunde zu legenden Tarifwerte. Zur Bedarfsermittlung würden die unterstellten Besucher:innen-Zahlen bei den Kindern und Jugendlichen berechnet, wobei die Altersgruppen unterschiedlich gewichtet und die jeweiligen Sozialindizes der Stadtteile miteinbezogen würden. Die unterschiedliche Gewichtung der Altersgruppen beruhe auf bundeseinheitlichen Standards. Die berechneten Besucher:innen-Zahlen würden mit den tarifgebundenen Beschäftigungsvolumina kombiniert (100 K./J. = 1 BV) und mit einem Zuschlag für Programmkosten versehen. Auf diese Weise ergäben sich die Beträge, die vor Ort eingesetzt werden könnten. Die Planungsgebiete sollen nicht mehr die Stadtteile sein, sondern die Sozialzentren. Daraus ergebe sich auch eine neue Rolle für die Controllingausschüsse, die sich nicht mehr mit der Mittelverteilung, sondern vornehmlich mit den Qualitätsdialogen befassen. Des Weiteren sei eine prozentuale Aufteilung auf Einrichtungen einerseits und Projekte andererseits vorgesehen, sowie die Einführung einer Mindestgröße für Einrichtungen.

Es folgt eine lebhafte Diskussion zur Systematik der Verteilung, zur Höhe und Bedarfsgerechtigkeit der zur Verfügung stehenden Mittel. Zwar wird verschiedentlich Verständnis für das Streben nach Klarheit und Transparenz geäußert, aber es wird bemängelt, dass die soziale Lage durch die Sozialindikatoren nicht hinreichend abgebildet werde, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen und es nicht mehr möglich sein wird, Angebote in die Hotspots zu bringen, wo sie dringend gebraucht würden. Es wird die Befürchtung geäußert, die neue Systematik mit Sozialzentrumsebene und Mindestgrößen werde zur Schließung von Einrichtungen in den Stadtteilen führen. Hierzu erklärt Herr Seidel, die Stadtteile seien für sich genommen zu klein. Auf die Frage von Herrn Möhle (Obervieland), ob es weiter Zentralitätsboni geben solle, erläutert Herr Seidel, dass diese ebenso wegfielen wie die Sockelbeträge für die Stadtteile. Dafür solle es künftig Knotenpunktmittel geben. Herr Schlesselmann (Huchting) kritisiert den Wechsel der Betrachtungsebene von Stadtteil zu Sozialzentrum, da die Jugendarbeit im Stadtteil stattfinde, nicht im Sozialzentrum, das im Falle des Bremer Südens vier Stadtteile umfasse. Frau Rose (Strom) fragt zudem, wie es angehen könne, dass der Bremer Süden nach der Berechnung deutlich weniger Mittel zur Verfügung habe als zuvor. Auf die Frage von Frau Wolter (Burglesum), warum in der Präsentation die Gesamtsumme der zu verteilenden Mittel sogar unter dem liege, was nach der alten Systematik für 2025 vorgesehen sei, erläutert Herr Diener, dass durch die Bedarfsermittlung nicht die Haushaltssituation verändert werden könne. Diese Differenz wird von vielen Anwesenden kritisiert, ebenso, dass einzelne Regionen nach dem vorgeschlagenen Verfahren mit finanziellen Einbußen rechnen müssten.

Frau Wangenheim bedankt sich bei den Referenten und appelliert an die Geschlossenheit der Beiräte bei den zukünftigen Debatten um die bedarfsgerechte Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit.

### **TOP 5: Information über das weitere Vorgehen bezüglich der Schwerpunktsetzung von Beschäftigung schaffenden Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten (AGH) und Teilhabe am Arbeitsmarkt (TaAM))**

Frau Wangenheim begrüßt die Vertreter:innen der senatorischen Behörde für Arbeit und Soziales und übergibt das Wort an Herrn Hausen.

Herr Hausen bedankt sich, stellt sich als neuer zuständiger Abteilungsleiter bei der Senatorischen Behörde vor und berichtet über die Entwicklungen im o.g. Bereich seit der Erörterung des Themas in der August-Sitzung der Beirätekonzferenz. Ausgangspunkt sei unverändert der Umstand, dass der Bund für das kommende Jahr weniger Geld zur Verfügung stelle. Das Jobcenter führe in Bremen weiter Gespräche mit den Trägern und habe daraus eine Liste erstellt. Bei der Frage der Weiterfinanzierung würden auch Aspekte wie Frauen- oder Migrant:innenförderung oder Quartiersbezug erwogen. Im nächsten Jahr werde es rund 500 AgH-Stellen geben, einige Projekte könnten (zum Teil durch den Einsatz anderer Mittel) gerettet werden, so das „Abseits“ oder der „wilde Westen“. Trotzdem schaue das Jobcenter insgesamt kritischer auf die einzelnen Maßnahmen. Aus Sicht der Kommune sei alles getan worden um den Trägern Perspektive zu geben. Da die Haushaltsverhandlungen im Bund noch nicht abgeschlossen seien, sei zunächst haushaltslose Zeit und das Jobcenter könne nur „auf Sicht fahren“. Die politische Entwicklung im Bund sei noch offen.

In der anschließenden lebhaften Diskussion wird wiederholt die Frage nach längerfristigen Perspektiven der Maßnahmen gestellt. Für die einzelnen Teilnehmenden stehe bei Wegfall der Beschäftigung enorm viel auf dem Spiel und es sei massiven sozialen Folgen zu rechnen, die unter Umständen erhebliche Folgekosten nach sich ziehen könnten. Auch auf die sozialen Auswirkungen in den Quartieren wird wiederholt hingewiesen, wo die Angebote zum Teil wichtige Funktionen übernahmen. Frau Sprehe (Vegesack) und Herr Pfeiff (Blumenthal) fragen nach der angesprochenen Liste, da die Beiräte dringend wissen müssten, wie es um einzelne Maßnahmen und die dortigen Stellen stehe. Für Bremen-Nord seien die Umweltwächter und das Geschichtenhaus von herausragender Bedeutung. Herr Hausen erklärt, es sei zu befürchten, dass die Angebote der beiden Geschichtenhäuser nicht gerettet werden könnten. Die Umweltwächter seien ja nicht AgH-, sondern §16i-Maßnahmen, aber auch sehr teuer und deshalb noch nicht endgültig abgesichert. Herr Hausen weist noch einmal darauf hin, dass Bremen mit den höchsten Anteil an AgH-Maßnahmen innerhalb des Eingliederungshilfe-Titels habe. Dies lasse sich in der Trägerversammlung nur schwer begründen. Für alle Teilnehmenden würde irgendetwas als Anschluss angeboten werden. Ein Vertreter der BRAS weist auf die wichtige familiäre Struktur der Geschichtenhäuser sowie darauf hin, dass im Falle des Erhalts eines Trägers weniger Stunden zur Verfügung stünden, die auch noch mit Overhead und Dokumentationstätigkeiten belastet würden.

Die Beiratsvertreter:innen debattieren intensiv über die Möglichkeiten, wegfallende Mittel des Jobcenters durch den Einsatz von Mitteln der Ressorts zu kompensieren. Herr Fröhlich (Blumenthal) merkt an, Lücken könnten beispielsweise durch Bildung oder Soziales geschlossen werden. Frau Kodré hält dem entgegen, dass allein das „Sprungbrett“ in Walle ein Budget von 750.000,-€ benötige, die in diesem Umfang im Sozialhaushalt nicht zur Verfügung stünden. Gleichwohl werde durch verschiedenste einzelne Schritte versucht, möglichst viel zu retten und die Bandbreite der Angebote und Träger zu

erhalten. Herr Hausen weist noch einmal darauf hin, dass der Erhalt beim „Abseits“, beim „Sprungbrett“ und beim „Mobile“ gelungen sei, bei anderen leider nicht.

Frau Wangenheim bedankt sich für den Vortrag und die engagierte Diskussion. Der aktuelle Sachstand und die derzeitige Perspektive stimmten die Beiräte alles andere als glücklich. Daher werden die Beiräte an dem Thema dranbleiben.

#### **TOP 6: Terminplanung 2025**

Die Beirätekonferenz beschließt die folgenden Termine als reguläre Termine für das kommende Jahr:

Dienstag	18.02.2025	17:00 Uhr	1. Sitzung der Beirätekonferenz
Mittwoch	14.05.2025	17:00 Uhr	2. Sitzung der Beirätekonferenz
Donnerstag	28.08.2025	17:00 Uhr	3. Sitzung der Beirätekonferenz
Freitag	21.11.2025	16:00 Uhr	4. Sitzung der Beirätekonferenz

Darüberhinaus sollen anlassbezogen und kurzfristig weitere Termine vereinbart und anberaumt werden können, wenn dies erforderlich ist.

#### **TOP 7: Verschiedenes**

Keine Themen.

Frau Wangenheim schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Protokoll: gez. Holger Ilgner